

Protesterklärung an die Bundesregierung gegen die geplante Änderung im Landessteuergesetz

Der Verfassungsschutz ist keine Instanz für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit!

Hiermit protestieren wir entschieden gegen die geplante Änderung des Landessteuergesetzes § 51, mit der vorgesehen ist, allen Organisationen die Gemeinnützigkeit zwingend abzuerkennen, wenn sie in einem Verfassungsschutzbericht des Bundes oder eines Bundeslands als extremistisch aufgeführt werden.

Mit der Aberkennung der Gemeinnützigkeit wird solchen Vereinen in der Regel die finanzielle Grundlage entzogen und damit ihre Existenz bedroht. Vorgeblich soll damit gegen faschistische Organisationen vorgegangen werden – diese können jedoch auf Grundlage des Grundgesetzes Artikel 139 verboten werden. Der Gesetzentwurf richtet sich v.a. gegen antifaschistische und fortschrittliche Organisationen, die kapitalismuskritisch sind und sich nicht dem Antikommunismus beugen wollen.

Die Bundesregierung bedient sich hier der Methode des Verfassungsschutzes als Entscheidungsgrundlage – ein Organ, dessen Arbeit unter keinerlei demokratischer Kontrolle steht, das keinen Beweis für seine diffamierenden Behauptungen erbringen muss und dessen Arbeitsweise nicht überprüft werden kann. Und das, während gleichzeitig die Verflechtung von Verfassungsschutz und Faschisten bis hin zum regelrechten Aufbau faschistischer Organisationen durch V-Leute für große Empörung in der Bevölkerung sorgt und der Verfassungsschutz sich mit der Verstrickung in die NSU-Terror-Organisation endgültig diskreditiert hat.

Auf antifaschistischer Grundlage fordern wir: Sofortiger Stopp dieses Gesetzentwurfs und jeglicher Einschränkung der Gemeinnützigkeit

Name	Adresse/mail	Ggf. Funktion Organisation	Veröffentlichung meines Namens ja/nein	Ich möchte weiter Kontakt ja/nein

Erstunterzeichner: Arbeiterbildungszentrum e.V.